

## „Herrschaft des Kapitals schlechthin“ oder „Herrschaft des Finanzkapitals“, (Good bye Lenin - Teil 2)

Vorbemerkung:

Gleich zu Beginn seiner Kritik an G. Sandlebens Artikel über den Mythos der Bankenmacht schreibt Lucas Zeise:

*„Nichts hätte uns deutlicher die Herrschaft des Finanzkapitals vor Augen führen können als die Vorgeschichte, der Ausbruch und der Verlauf der immer noch aktuellen Finanz- und Weltwirtschaftskrise.“* (<http://www.jungewelt.de/2012/05-30/020.php>)

Das ist eine mutige These! Zumindest Ausbruch und Verlauf der Krise haben ja demonstriert, auf welch tönernen Füßen mindestens die Macht der Banken steht. Eine große Zahl von ihnen saß auf Wertpapieren, die nichts wert waren. In den USA verloren zahllose kleine und mittlere Banken daher alle Macht und büßten ihre Existenz ein. Lehman ging Bankrott. Andere große Banken überlebten nur, weil sie vom Staat gerettet wurden. Sieht so Bankenmacht aus? Wenn ja worüber?? G. Sandleben hat zurecht darauf hingewiesen, dass die Macht der Banken auf der Macht des Kredits beruht, der in der entwickelten kapitalistischen Produktionsweise den gesamten Reproduktionsprozess des Kapitals vermittelt. Die Macht der Banken steht und fällt mit der Zahlungsfähigkeit der Kreditnehmer. Diese Zahlungsfähigkeit wird aber nicht von den Banken selbst erzeugt, sondern in der sogenannten „Realwirtschaft“. Tilgung des Kredits und Bezahlung der Zinsen verlangen wachsenden Profite und Lohneinkommen. Bleibt entsprechendes Wachstum der „Realwirtschaft“ aus, sinken Preise, Profite und Löhne, dann machen Banken Pleite. Die Kreation von und der Handel mit Wertpapieren, die zu einem erheblichen Teil aus der Verbriefung von Krediten bestehen und eben noch (Vorgeschichte der Krise) den nominellen Wert von fiktivem Kapital in schwindelerregende Höhen trieb, was scheinbar unendliches Wirtschaftswachstum versprach, wurde zum Bumerang, der „die Herrschaft des Finanzkapitals“ bis in die Grundfesten erschüttert.

Lucas Zeise fährt fort:

*"Kein Wunder, daß die These von der Herrschaft des Finanzkapitals – in dieser oder jener Formulierungsvariante – mittlerweile Allgemeingut geworden ist.*

*Manche reden von der zu großen Macht der Banken, andere von der Dominanz des Finanzmarktes, wieder andere von der Vorherrschaft des Finanzsektors. Die Herrschaft des Finanzkapitals dürfte mittlerweile ein Teil des Alltagsbewußtseins geworden sein.“*

Wo der Autor Recht hat, da hat er Recht! In der Tat gibt es viele „Formulierungsvarianten“ von der Herrschaft des Finanzkapitals und ebenso viele Formulierungsvarianten der Definition, was man denn eigentlich unter Finanzkapital zu verstehen habe. Das stört ihn aber weiter nicht, weil die These von der Herrschaft des Finanzkapitals mittlerweile ein Teil des Alltagsbewusstsein geworden sei.

Lucas Zeises stellt weiter fest:

*„Schon Sandlebens erstes Argument zielt auf den **Kern der Sache**, es richtet sich nämlich gegen die seit Hilferding, Lenin, Luxemburg und vielen anderen mehrheitlich unter Marxisten vertretene Auffassung von einem wesentlich von Monopolen geprägten Kapitalismus. Er wendet sich also gegen deren Imperialismustheorien.“*

Hilferding, Lenin, Luxemburg und deren „Imperialismustheorien“ in einem Atemzug zu nennen, das nenne ich wieder sehr mutig. Zumindest Rosa Luxemburg hatte da ihren ganz eigenen Kopf und was sie in ihrer Version der „Akkumulation des Kapitals“ schrieb hat wenig gemein mit den

Ausführungen von Hilferding und Lenin.

Was „den Kern der Sache“ betrifft, so möchte ich hier nun Lenin kurz herausgreifen und – sicherlich vorerst sehr verkürzt – deutlich machen, dass seine Theorie des Finanzkapitals äußerst fragwürdig ist.

Mitte 1917 wurde Lenins Buch unter dem Titel „Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus (Populärer Abriss)“ mit Lenins Vorwort gedruckt, das mit dem 26. April 1917 datiert war. Aus der „jüngsten Etappe“ wurde die „höchste Stufe“ und aus dem „populären Abriss“ eine wissenschaftliche Leistung zur Weiterentwicklung der Kritik der Politischen Ökonomie. Die „höchste Stufe“ des Kapitalismus und die Weiterentwicklung der Kritik der Politischen Ökonomie darf mit gutem Recht bezweifelt werden.

## I.

Lenin schreibt:

*„Die wichtigsten Ergebnisse der Geschichte der Monopole sind demnach: 1. In den sechziger und siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts – die höchste, äußerste Entwicklungsstufe der freien Konkurrenz; kaum merkliche Ansätze zu Monopolen. 2. Nach der Krise von 1873 weitgehende Entwicklung von Kartellen, die aber noch Ausnahmen, keine dauernden, sondern vorübergehende Erscheinungen sind. 3. Aufschwung am Ende des 19. Jahrhunderts und Krise von 1900-1903: Die Kartelle werden zu einer der Grundlagen des ganzen Wirtschaftslebens. Der Kapitalismus ist zum Imperialismus geworden.“* *Ausgewählte Werke Bd. 1, S. 781*

und

*„Das 20. Jahrhundert ist also der Wendepunkt vom alten zum neuen Kapitalismus, von der Herrschaft des Kapitals schlechthin zur Herrschaft des Finanzkapitals.“* *Lenin, Ausgewählte Werke Bd. 1, S. 802*

Die „Herrschaft des Kapitals schlechthin“, die sich ausdrückt in der Verallgemeinerung der Lohnarbeit und Verallgemeinerung der Warenproduktion, entsteht nur dort, wo sich die spezifisch kapitalistische Produktionsweise durchsetzt, wo also eine „industrielle Revolution“ stattfindet. Die „industrielle Revolution“ selbst verlangt die Mobilisierung des Geldes einer Gesellschaft, die umfassende Verwandlung von Geld in Leihkapital, also eine entsprechende Entwicklung des Kreditwesens.

Jede durchschlagende „industrielle Revolution“ verlangt also gewaltiges Wachstum der Finanzmärkte und Finanzoperationen. Die Industrialisierung liefert den Impuls für die Ausdehnung des Kredits, die stürmische Entwicklung der Finanzmärkte, die ihrerseits wieder die Entwicklung des industrieller Kapitals beschleunigen. Dieser Zusammenhang zeigt sich nicht nur historisch in der Entwicklung ab Mitte des 19. Jahrhunderts, er zeigt sich auch vergleichsweise aktuell in der Entwicklung von „nachholender Industrialisierung“ in großen, bevölkerungsreichen Ländern wie China oder Indien. Die Zeitgleichheit, Parallelität der neuen, besonders auffälligen „Herrschaft der Finanzmärkte“ (besonders seit Beginn der 1990er Jahre) mit der enormen Ausdehnung der Industrieproduktion in Indien und China ist nicht zufällig. Es drückt sich darin erneut der oben angesprochene Zusammenhang aus, diesmal noch dominanter durch Entwicklungen auf dem Weltmarkt. Daraus zu schlussfolgern, die „Herrschaft des Kapitals schlechthin“ werde abgelöst durch die Herrschaft des Finanzkapitals, der Monopole, beruht auf der Verkennung dieser Zusammenhänge. **Die „Dominanz der Finanzmärkte“ ist nichts weiter als eine notwendige Bedingung zur Durchsetzung, der „Herrschaft des Kapitals schlechthin“ in Gestalt der weltweiten Verallgemeinerung von Lohnarbeit und Warenproduktion.**

Man kann die jüngste Entwicklung auch in sofern mit derjenigen der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts vergleichen, als sie einhergeht mit der Durchbrechung eines Monopols. Wurde damals die alleinige

Monopolstellung Englands auf dem Weltmarkt gebrochen, so wird heute die Monopolstellung der alten Industriemächte gebrochen.

## II.

Lenin geht von folgender Periodisierung des Kapitalismus aus:

Vor den 1870er Jahren „Herrschaft der freien Konkurrenz“, die in den 1860iger und 70iger Jahren ihren Höhepunkt hat und zum Abschluss kommt.

Danach – bis zur Jahrtausendwende – starke Tendenz zur Monopolisierung und Durchsetzung der Monopole und des Finanzkapitals.

Mit Beginn des 20. Jahrhunderts ist dieser Übergang abgeschlossen und der Monopolkapitalismus tritt an die Stelle des Kapitalismus der freien Konkurrenz. Damit tritt der Kapitalismus ein in ein Stadium der Fäulnis und Stagnation. Lenin kennzeichnet diesen Kapitalismus daher als sterbenden Kapitalismus.

Wer daran festhalten will, müsste nachweisen, dass die Entwicklung des Kapitals insgesamt seit Beginn des 20igsten Jahrhunderts zum Stillstand (Stagnation) gekommen ist. Eine theoretische Herausforderung, an die sich allenfalls Religionsstifter wagen können.

Aber nicht nur Lenins Charakterisierung des „Monopolkapitalismus“ als stagnierenden und sterbenden Kapitalismus hat sich als falsch erwiesen. Auch seine Kennzeichnung der Periode vor den 1860iger und 1870iger Jahren lässt sich aus meiner Sicht nicht halten. Man kann diese Periode aus 2 Gründen nicht als ein Periode des „Kapitalismus der freien Konkurrenz“ kennzeichnen:

1. Vor der Mitte des 19. Jahrhundert gab es überhaupt nur in England eine „industrielle Revolution“ (beginnend etwa Mitte des 18. Jahrhunderts). Das englische Industrie- und Handelskapital hatte eine unangefochtene Monopolstellung auf den damaligen Weltmärkten. Das war geradezu lupenreiner „Monopolkapitalismus“.

2. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts begann - erst allmählich dann stürmisch - die Industrialisierung anderer Länder (vor allem der USA und Deutschlands, dann aber auch Japans). Mit dieser Industrialisierung entwickelte sich auch in diesen Ländern die typisch kapitalistische Produktionsweise und mit ihr die Verallgemeinerung von Lohnarbeit und Warenproduktion. Damit entwickelte sich auf dem Weltmarkt überhaupt erst „Konkurrenzkapitalismus“, getragen und geprägt vom Mehrwert produzierenden Industriekapital in verschiedenen Ländern.

Vor 1850 gab es nur „Kapitalismus in einem Land“. Wer will, kann diesen Kapitalismus als „Kapitalismus der freien Konkurrenz“ in Abgrenzung zum „Monopolkapitalismus“ missverstehen. Was aber dieser „Kapitalismus in einem Land“ auf jeden Fall nicht war, das war „die Herrschaft des Kapitals schlechthin“. Die kann sich nämlich erst entfalten als Konkurrenz der Mehrwert produzierenden Industriekapitale auf dem Weltmarkt. Wenn es überhaupt einen Sinn macht, von einer empirisch feststellbaren „Herrschaft des Kapitals schlechthin“ zu sprechen, dann bezeichnet das sehr aktuelle Entwicklungen nach dem Untergang der „sozialistischen Staatengemeinschaft“ und nach der Öffnung Chinas für den kapitalistischen Weltmarkt.

## III.

Die Durchsetzung der „Herrschaft des Kapitals schlechthin“, also die Verallgemeinerung von Lohnarbeit und Warenproduktion geschieht immer und überall unter unterschiedlichen Bedingungen. Diese besonderen Bedingungen resultieren aus der Geschichte des jeweiligen Landes und dem bereits international erreichten Niveau der technischen Zusammensetzung des Kapitals und der dadurch bestimmten Arbeitsproduktivität. Hier sollen nur kurz die nationalen Besonderheiten exemplarisch angesprochen werden.

Es macht einen Unterschied, ob die „nachholende Industrialisierung“ unter den politischen

Bedingungen der US-amerikanischen Demokratie, der preußischen Monarchie (jeweils in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts) oder chinesischen Diktatur der „Kommunistischen“ Partei stattfindet. Diese unterschiedlichen politischen Rahmenbedingungen bestimmten insbesondere auch die Formen, die das Kreditwesen annimmt, in welchen institutionalisierten Formen also das Geld der Gesellschaft in Leihkapital verwandelt und dem industriellen Kapital per Kredit zur Verfügung gestellt wird. Zwar spielen dabei überall die Banken eine Rolle, aber das Bankwesen selbst und die Finanzmärkte der Länder weisen durchaus bedeutende Unterschiede aus.

Für Lenin war klar, dass Deutschland das „fortschrittlichste“ kapitalistische Land war. Was er über die Rolle der Banken und die Form des Bankwesens schrieb, bezog sich fast ausnahmslos auf empirische Daten des deutschen Reiches. Warum aber sollte ausgerechnet Deutschland mit seiner reaktionären preußischen Monarchie den anderen Ländern zeigen, wohin die kapitalistische Entwicklung führt, welche Formen sie herausbildet? Die kapitalistische Entwicklung in den USA blieb praktisch ausgeblendet und man kann heute zweifellos sagen, dass – wenn es ein „Modell“ gab, das sich durchsetzte, weil es dem „ökonomischen Gesetz der bürgerlichen Gesellschaft“ am effektivsten zum Durchbruch verhalf – dann war es das US-amerikanische „Modell“. Das galt zumindest bis jetzt und es lässt sich auch aus dem von Marx entdeckten „ökonomischen Bewegungsgesetz“ erklären, warum dieses US-amerikanische Modell das „fortschrittlichste“ im Sinne des Kapitals war.

Beispiel „Verschmelzung von Industrie und Bankkapital zum Finanzkapital“:

Lenin zitiert Hilferding zustimmend wie folgt:

*„Andererseits muß die Bank einen immer wachsenden Teil ihrer Kapitalien in der Industrie fixieren. Sie wird damit in immer größerem Umfang industrieller Kapitalist. Ich nenne das Bankkapital, also Kapital in Geldform, das auf diese Weise in Wirklichkeit in industrielles Kapital verwandelt ist, das Finanzkapital.“* Lenin *Ausgewählte Werke Bd. 1, S. 802*)

Wie Hilferding geht Lenin davon aus, dass die Banken notwendiger Weise immer mehr Anteile an Industrieunternehmen erwerben müssen. Das jedoch war eine deutsche Besonderheit, die lange Jahrzehnte überdauerte, heute jedoch durch die Entwicklung weitgehend überholt ist. Die Deutsche Bank hat 2009 ihre letzten Industriebeteiligungen verkauft.

([http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche\\_Bank](http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Bank); vergl. Allgemein zu diesem Punkt auch: [www.mxks.de/files/ag/V\\_8\\_Finanzkapital.ppt](http://www.mxks.de/files/ag/V_8_Finanzkapital.ppt)).

Über den Unterschied zwischen dem deutschen und den US-amerikanischen Bank-/Finanzkapital und ihrem Verhältnis zum Industriekapital lässt sich etwa folgendes festhalten:

*"Das in den USA und Großbritannien vorherrschende finanzmarktorientierte bzw. outsiderkontrollierte System ist das Gegenstück zu dem deutschen bankorientierten System. Diese marktorientierten Corporate Governance-Systeme verfügen im Gegensatz zu Deutschland über einen gut entwickelten Finanzmarkt. Die Rolle der Eigen- und Fremdkapitalmärkte für die Unternehmensfinanzierung ist dominant. Dagegen hat die in Deutschland sehr ausgeprägte Unternehmensfinanzierung über Hausbanken in den USA und Großbritannien keine Bedeutung. Folglich existiert auch keine Kontrolle der Unternehmen durch Banken. In kapitalmarktorientierten Systemen finanzieren sich die Unternehmen überwiegend über Unternehmensanleihen, durch Kredite von Nichtbanken sowie über die Beschaffung von Eigenkapital."*

...

*"Die Bedeutung der Banken im Hinblick auf die Unternehmensfinanzierung hat zudem in Großbritannien und den USA in den letzten 25 Jahren zugunsten kapitalmarktnah operierender Finanzintermediäre wie Investmentfonds, Finance Kompanies und Versicherungen immer weiter abgenommen."*

Kristian Köpke, „Die Relevanz der in Deutschland obligatorischen Informationen zur Corporate Governance. Doktorarbeit, Kiel 2010“

Quelle: <http://d-nb.info/1012543927/34>

(Auf die historischen Wurzeln dieser Unterschiede kann hier nicht näher eingegangen werden.)

Die von Hilferding und Lenin betonte Notwendigkeit der „Verschmelzung von Industriekapital und Bankkapital“ durch sich ausdehnende Bankbeteiligung an Unternehmen lässt sich als allgemeine Tendenz, als Gesetzmäßigkeit, nicht halten. Sie ist allenfalls typisch für einzelne Länder in einem begrenzten Zeitabschnitt. Damit ist aber auch ihr Begriff vom „Finanzkapital“ selbst fragwürdig; mehr noch die These von der „Herrschaft des Finanzkapitals“. Ferner bezeichnen „Dominanz der Finanzmärkte“ und „Herrschaft des Finanzkapitals“ - anders als Lucas Zeise meint - durchaus unterschiedliche Sachverhalte, die sich geradezu gegenseitig ausschließen.

Es sei hier nur am Rande vermerkt, dass Lenin nicht nur die These von der „Verschmelzung von Industrie und Bankkapital“ vertritt, sondern gleichzeitig betont, dass „*die Trennung des Geldkapitals vom industriellen oder produktiven Kapital*“, die „*dem Kapitalismus überhaupt eigen*“ sei, unter der „*Herrschaft des Finanzkapitals ...gewaltige Ausdehnung erreicht*“. (vergl. Lenin, Ausgewählte Werke Bd. 1, S. 813) Ein Widerspruch, den vermutlich nur seine besten Schüler in Sachen „Kritik der Politischen Ökonomie der Imperialismus“ auflösen können.

*„Das industrielle Kapital ist die einzige Daseinsweise des Kapitals, worin nicht nur Aneignung von Mehrwert, resp. Mehrprodukt, sondern zugleich dessen Schöpfung Funktion des Kapitals ist. Es bedingt daher den Charakter der Produktion; sein Dasein schließt das des Klassenverhältnisses von Kapitalisten und Lohnarbeitern ein....*

*Geldkapital und Warenkapital, soweit sie mit ihren Funktionen als Träger eigener Geschäftszweige neben dem industriellen Kapital auftreten, sind nur noch durch die gesellschaftliche Teilung der Arbeit verselbständigte und einseitig ausgebildete Existenzweisen der verschiedenen Funktionsformen, die das industrielle Kapital innerhalb der Zirkulationssphäre bald annimmt, bald abstreift.“ Kapital Bd. 2 S. 61*

Lenin verkennt diese Zusammenhänge und behauptet die Macht der Banken über „die Wirtschaft“, jenseits der Konkurrenz. Damit ist bei ihm tatsächlich nicht nur eine (teilweise) beherrschende Stellung von Großbanken über einzelne kapitalistische Unternehmen gemeint, sondern tatsächlich die „Beherrschung des Marktes“. So schreibt er:

*„drei bis fünf Riesenbanken beherrschen **das ganze Wirtschaftsleben** Amerikas, Frankreichs, Deutschlands;“*

oder mit Bezug auf die Kartelle und Trusts, die von den Banken gefördert werden:

*„Solche internationalen Kartelle, die **den gesamten Weltmarkt beherrschen** und ihn „gütlich“ unter sich teilen – solange er durch den Krieg nicht neu verteilt wird –, gibt es schon über hundert!“*

(„Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus“,

<http://www.marxists.org/deutsch/archiv/lenin/1916/10/spaltung.html>)

Wäre es tatsächlich so, das einige Riesenbanken „das ganze Wirtschaftsleben“ und Kartelle „den gesamten Weltmarkt“ beherrschen, dann hätte in der Tat „das ökonomische Bewegungsgesetz der bürgerlichen Gesellschaft“ ausgedient (das Wertgesetz selbst und die Gesetze, die die Verwertung von Wert regeln)! Von einer solchen Herrschaft konnte weder damals und kann heute noch viel weniger die Rede sein.

#### IV.

Im Zusammenhang mit der wachsenden Bedeutung der Banken stellt Lenin auch fest:

*„Die Ablösung des alten Kapitalismus mit der Herrschaft der freien Konkurrenz durch den neuen Kapitalismus mit der Herrschaft des Monopols findet unter anderem ihren Ausdruck in **der sinkenden Bedeutung der Börse.**“*

Eigentlich kann kaum etwas deutlicher unterstreichen, wie sehr Lenin sich geirrt hat. Wann jemals war die Bedeutung der Börse größer, als in der jüngsten Geschichte des Kapitalismus. Und tatsächlich hat diese außerordentliche Bedeutung, die die Börse heute erlangt hat, etwas mit der Konkurrenz zu tun. Sie ist das Dementi auf die Herrschaft des Monopols. Kaum irgendwo ist die Konkurrenz ungezügelter als an den Börsen, dem Handelsplatz, auf dem das Kapital selbst Ware ist. Ein solch zügelloses Wirken von Angebot und Nachfrage gepaart mit ebenso ungezügelter Spekulation findet sich nirgendwo sonst. Die Bedeutung der Börse drückt die Bedeutung der Finanzmärkte aus, im Unterschied zur "Herrschaft des Finanzkapitals" (durch Beteiligung von Banken an Industrieunternehmen).

Umso erstaunlicher ist es, wenn moderne Kritiker der Finanzmärkte sich auf Lenins und Hilferdings Kritik des Finanzkapitals berufen. Niemand dieser modernen Ökonomiekritiker spricht von einer „sinkenden Bedeutung der Börse“. Ausnahmslos wird verlangt der Börse die Kette anzulegen, wird die „Deregulierung und Liberalisierung“ der Finanzmärkte beklagt. Was heißt das anderes als Kritik der ungehemmten Konkurrenz?

Ferner: die neue antikapitalistische Bewegung (occupy) demonstriert gern und vorwiegend vor Börsen, indem sie den Stichworten der modernen Kritiker des Finanzkapitals folgt. Warum tut sie das, wenn doch der angeblich vorherrschende Monopolkapitalismus die sinkende Bedeutung der Börsen herbei geführt hat?

## V.

Lenins „Weiterentwicklung“ der Marxschen Kapitalkritik beruht auf verschiedenen auch sehr grundsätzlichen Irrtümern. So schlussfolgert er aus „dem absoluten Monopol“ - und den daraus resultierenden Monopolprofiten -, das etwa die 4 größten Banken Frankreichs bei der Emission von Wertpapieren/Anleihen besaßen:

**„Der Kapitalismus, der seine Entwicklung als kleines Wucherkapital begann, beendet seine Entwicklung als riesiges Wucherkapital.“** *Ausgewählte Werke Bd.1, S. 809*

Hier werden die Grenzen eines „populären Abrisses“ deutlich spürbar. Danach nämlich hätten die industrielle kapitalistische Produktionsweise selbst und das auf sie zugeschnittene spezifisch kapitalistische Kreditwesen ebenfalls eine außerordentlich kurze und unbedeutende Rolle in der Entwicklung des Kapitalismus gespielt. Ich werde auch das hier nicht ausführlich besprechen, sondern nur kurz anreißen:

1. Auch Wucherkapital ist zinstragendes Kapital. Aber es ist zinstragendes Kapital ohne die spezifisch kapitalistische Produktionsweise, es leitet sich nicht aus der Mehrwertproduktion ab.
2. In der verallgemeinerte Warenproduktion des entwickelten Kapitalismus ist praktisch alles zinstragende Kapital abhängig von der Mehrwertproduktion. Das gilt beispielsweise auch für Staatsanleihen, weil fast alle Steuereinnahmen (direkte und indirekte Steuern) aus Umsatz von Ware in Geld sowie Profiten und Lohneinkommen resultieren. Sofern die Staatsanleihen kapitalistischer Staaten durch diese Steuereinnahmen besichert sind, handelt es sich also um Wertpapiere auf der Basis der spezifisch kapitalistischen Produktionsweise, so entrückt sie ihr auch erscheinen mögen. Ohne Wachstum der kapitalistischen „Realwirtschaft“, also ohne davon abhängiges Wachstum der Steuereinnahmen, können kapitalistische Staaten die Zinsen für ihre ausgegebenen Staatsanleihen nicht bezahlen usw. Abhilfe schafft in diesem Zusammenhang die Neuverschuldung, Aufnahme von Krediten an den Finanzmärkten. Wird die „Bonität“ dieser Staaten an den Finanzmärkten wegen mangelnden Wachstums der „Realwirtschaft“ schlecht eingeschätzt, dann steigen die zu zahlenden Zinsen. Mit Wucher hat diese spezifische Form der Verwertung von fiktivem Kapital nichts zu tun. Der Wucherzins entwickelt sich weitgehend unabhängig von den Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Produktionsweise, weil er nicht vorrangig aus Einkommen und Steuern bezahlt werden muss, die der spezifisch kapitalistischen Produktion entspringen, nicht Teil des

kapitalistisch produzierten Mehrwerts ist. Soweit es im Kapitalismus noch Wucherkapital gibt, bleibt dies eine ganz untergeordnete Kategorie des zinstragenden Kapitals. (vergl.: [http://www.marx-forum.de/marx-lexikon/lexikon\\_w/wucher.html](http://www.marx-forum.de/marx-lexikon/lexikon_w/wucher.html))

## VI.

Neben das Wucherkapital tritt im „sterbenden“ Kapitalismus Lenins noch eine weitere ökonomische Besonderheit:

*„Das Finanzkapital, das in wenigen Händen konzentriert ist und faktisch eine Monopolstellung einnimmt, zieht kolossale und stets zunehmende Profite aus Gründungen, aus dem Emissionsgeschäft, aus Staatsanleihen usw., verankert **die Herrschaft der Finanzoligarchie und legt der gesamten Gesellschaft einen Tribut zugunsten der Monopolisten auf.**“ Lenin  
Ausgewählte Werke Bd. 1, S. 808*

Bei Lenin tritt also - im Unterschied zu Marx – neben Profit, Zins und Grundrente, die alle aus dem Mehrwert abgeleitete Formen sind, ein „Tribut“, den das Finanzkapital „der gesamten Gesellschaft“ auferlegt. Offenbar sieht er in diesem „Tribut“ den Wucher, weil beides ja im Zusammenhang z. B. mit Staatsanleihen steht. Die Staatsanleihe selbst ist aber zunächst einmal nichts anderes als ein Kredit, den Staaten an den Finanzmärkten aufnehmen. Wie jeder Kredit wirft auch die Staatsanleihe einen Zins für die Anleger ab, die die Staatsanleihe kaufen. Die gekaufte Staatsanleihe ist dann ein handelbares Wertpapier. Dass dem „Wucher“ bei den Zinsen für Staatsanleihen Grenzen gesetzt sind, zeigt die aktuelle Entwicklung genauso, wie die Tatsache, dass der Kauf von Staatsanleihen keineswegs „stets zunehmende Profite“ garantiert. Es ist alles doch wohl ein wenig komplizierter. Tatsächlich kaufen Anleger momentan Staatsanleihen etwa von Deutschland, selbst dann, wenn sie gar keinen Profit (Zins) abwerfen. Sie meiden dagegen Staatsanleihen von Ländern wie Griechenland, Spanien etc., die einen sehr hohen Zins versprechen.

Jeder Zins beinhaltet auch einen Risikoaufschlag für möglichen Ausfall der Rückzahlung des Kredits wegen Zahlungsunfähigkeit der Kreditnehmer, in diesem Fall der Staaten. Wer bereit ist, ein hohes Risiko einzugehen, der darf auf hohe Zinsen („Wucher“) hoffen; wenn er bereit ist großen Verlust zu riskieren.

Es zeigt sich auch in diesem Kontext wieder, dass das moderne Kreditsystem ganz auf den Säulen der kapitalistischen Produktionsweise beruht. Es ist letztlich die Konkurrenz der „Realökonomie“, die bestimmt, welche Zinsen die Staaten für ihre ausgegebenen Anleihen zu zahlen haben. Die Staaten mit „Realwirtschaften“, die Verlierer in der Konkurrenz sind, müssen die höchsten Zinsen zahlen. Die Gewinner die geringsten oder gar keine. Wenn sie gar keine Zahlen müssen, zeigt das wiederum nicht die Macht, sondern die Ohnmacht „des Finanzkapitals“. Das sitzt nämlich auf jede Menge fauler Papiere und hat Angst vor größerem Verlust, bis hin zum Existenzverlust. (Allerhand Beispiele fallen mir dazu ein.) Daher kaufen sie lieber Staatsanleihen von den Gewinnern der „realwirtschaftlichen“ Konkurrenz und nehmen sogar kompletten Profit(Zins)ausfall in Kauf, um Verlust zu vermeiden.

Die „realwirtschaftlichen“ Verliererstaaten hingegen haben trotz dieses Versprechens auf hohe Zinsen Schwierigkeiten, sich zu refinanzieren, weil „das Finanzkapital“ ihre Anleihen verschmäht. Von wegen „Wucher“ und „stets zunehmende Profite“ im Geschäft mit Staatsanleihen!

Diese Wechselwirkungen von Verwertung des Industriekapitals, Verwertung des fiktiven Kapitals etc. sind es wert genauer untersucht zu werden, was in diesen knappen Thesen aber nicht geschehen soll.

## VII.

Lenins „Imperialismustheorie“ ist in jeder Beziehung ein Bruch mit der Marxschen Kritik der Politischen Ökonomie, sowohl methodisch als auch inhaltlich. Er nimmt sich eins der von Marx entdeckten ökonomischen Gesetze – Konzentration und Zentralisation des Kapitals – untersucht seine aktuellen Resultate – hauptsächlich an Hand der Daten eines Landes – und konstruiert daraus einen neuen Kapitalismus. Selbst wenn es gesetzmäßig zu einer „Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital“ durch Beteiligung der Banken an Industrieunternehmen überall käme, würde das inhaltlich nichts ändern am typischen Kreislauf des Industriekapitals und am typischen Kreislauf des Geldkapitals ( vergl. Kapital Bd. II, den meist „übersehenen“ Band des Kapitals!) Die Industrieunternehmen verwerteten sich weiter durch direkte Ausbeutung von Lohnarbeit, das Geldkapital verwertete sich weiter durch den Zins usw. „Das Kapital schlechthin“ bliebe dominant. Typisch für Lenin und viele moderne Kritiker des „Finanzkapitalismus“ ist, dass sie die Verselbständigungen des Werts im Kapital in ihrer Erscheinung nehmen und sie nicht mehr ableiten (lateinisch: derivare=ableiten). Die „Derivate“, die tatsächlich ihr „Eigenleben“ führen, ihre eigenen Kreisläufe entwickeln, bleiben aber immer Derivate, in welcher von der Mehrwertproduktion entfernten Form auch immer.

Alle „Derivate“ sind nichts als Wertformen. Sofern sie Kapital sind und sich verwerten, bleiben sie abhängig von der Produktion des Mehrwerts. Bei Marx beginnt die Ableitung der Verselbständigungen schon beim Geld, das nichts ist als die Verselbständigung des Tauschwertes der Waren. Der Begriff der Verselbständigung ist zentral in seiner ganzen Kritik der politischen Ökonomie. Jede neue Stufe der Verselbständigung des Werts in seinen verschiedenen Formen provoziert bei ihm „die Ableitung“. Anders bei Lenin und der durch ihn „begründeten“ neuen Kritik der politischen Ökonomie. Da geht es vorrangig um „Herrschaft“ und „Macht“, die den neuen Formen, Verselbständigungen zukommt. „Macht“ und „Herrschaft“, die sie angeblich ausüben über die Mehrwertproduktion und die Gesetze, die sie regeln. Die Kritik der ökonomischen Kategorien selbst verliert ihre Bedeutung. Am Schluss steht nicht mehr der Widerspruch zwischen Wert und Gebrauchswert der durch das Kapital verallgemeinerten Warenproduktion, sondern der Widerspruch zwischen „Realökonomie“ und „Finanzkapital“.

Robert Schlosser  
Juni 2012

## **Ergänzung 1: Praktische Konsequenzen**

All die nur kurz angesprochenen Aspekte einer wissenschaftlichen Ökonomiekritik haben praktisch-programmatische Konsequenzen.

Lenin konstatierte das Ende der „freien Konkurrenz“ und die Herrschaft des Monopols. Er ging noch weiter und behauptete, dass das Monopol sich zum Staatsmonopol entwickeln müsse. Mit dem Staatsmonopol sei die ökonomische Grundlage des Sozialismus geschaffen. Wo dieses Staatsmonopol oder der staatsmonopolistische Kapitalismus noch nicht geschaffen sei, müsse nach einer Revolution die „proletarische Staatsmacht“ einen solchen Staatskapitalismus einführen, damit alle Arbeiter und Angestellten bei einem Staats'syndikat' beschäftigt würden. Die Partei müsse dann die Produktion leiten und ihre Diktatoren einsetzen, weil Großproduktion ohne Unterordnung des Willens von tausenden unter den Willen einzelner nicht funktionieren könne.

(Dumm nur, dass durch die Privatisierungsorgien des Kapitals mittlerweile in hoch entwickelten kapitalistischen Ländern die Staatsmonopole als ökonomische Grundlage des Sozialismus aufgelöst wurden.)

Lucas Zeise meint abschließend in seiner Kritik an Sandleben:

*„Marxisten sollten der im Alltagsbewußtsein der Menschen mittlerweile weitgehend akzeptierten These von der Vorherrschaft des Finanzkapitals nicht widersprechen, sondern detailliert aufzeigen, wie sich die staatliche Förderung des Finanzkapitals vollzieht und wie sie im Einzelnen und Allgemeinen zu verhindern ist.“*

Darum also soll es jetzt gehen: die staatliche Förderung des Finanzkapitals im Einzelnen und Allgemeinen zu verhindern! Ein großes Ziel sozialer Emanzipation, basierend auf „radikaler“ Kritik an der „Herrschaft des Finanzkapitals“. (Wieso das Finanzkapital "im Einzelnen und Allgemeinen" überhaupt staatlicher Förderung bedarf, wo es doch "im Einzelnen und Allgemeinen" alles beherrscht, das würde ich auch gern mal erfahren.)

Die Orientierung an Lenins Imperialismustheorie führt eben entweder schnurstracks zum realen „Staatssozialismus“, zur „antimonopolistischen Demokratie“ (alte DKP) oder zur „Verhinderung staatlicher Förderung des Finanzkapitals“. Sie führt nicht zu einer antikapitalistischen Programmatik und Praxis, die der „Herrschaft des Kapitals schlechthin“ ein Ende setzen könnte. Mit dem Bochumer Programm wurde hier im Forum ein Vorschlag entwickelt, der sich von solchen Perspektiven grundsätzlich unterscheidet und Zielen sozialer Emanzipation verpflichtet ist.

## **Ergänzung 2: Anmerkungen zu Monopolpreisen- und profiten**

Hallo Wal,

... Du sprichst hier noch einen wichtigen Punkt an: Inflation. Eigentlich wollte ich dazu im Zusammenhang mit Monopolen (Monopolprofit und Monopolpreise) was schreiben. Der „populäre Abriss“ von Lenin gibt dazu aber wenig her und ich muss ein paar Punkte noch weiter recherchieren. Hier nur soviel in Kürze:

1. Je entwickelter die gesellschaftliche Arbeitsteilung je stürmischer die Entwicklung neuer Produkte, desto flüchtiger wird jede Art von Monopol. Aktuelles Beispiel Microsoft: Microsoft ist ein Monopolist für Betriebssysteme auf Desktop PCs und klassischen Notebooks. Der Umsatz mit diesen Geräten bricht weg und damit die Bedeutung des Monopols für Betriebssysteme auf diesen Geräten. Tablets und Smartphones ziehen immer mehr Kaufkraft auf sich, die die Leute für „Rechner“ ausgegeben haben. Apple und Google haben mit ihren Betriebssystemen die Nase mit

großem Abstand vorn und Microsoft tragt vorerst mit mäßigem Erfolg hinterher. Monopole sind relativ stabil bei „Stagnation“, bei wenig Dynamik, weil Monopole sich immer auf bestimmte Waren, deren Angebot und Nachfrage beziehen. Jedes neue Produkt, dem es gelingt, Kaufkraft auf sich zu ziehen, bedroht bestehende Monopole. Dieser Prozess ist in einer kapitalistischen Gesellschaft mit spontan sich entwickelnder Arbeitsteilung von niemandem wirklich zu kontrollieren und zu „beherrschen“. Er kann überhaupt nur durch staatliche Verbote begrenzt werden.

2. Es gibt Angebots- und Nachfragemonopole. Angebotsmonopole sind Preistreiber (Monopolpreise), Nachfragemonopole sind Preisdrücker. Besonders letztere sorgen für Umverteilung des Mehrwerts von kleinen Kapitalen hin zu großen, „marktbeherrschenden“ Kapitalen. Beides spielt überall, in nahezu jedem einigermaßen entwickelten Industriebetrieb eine Rolle. Als Redakteur des QM-Handbuches und Interner Auditor - jeder Kommunist sollte in „seinem“ Betrieb so eine Art „interner Auditor“ zwecks Untersuchung sein. ;-) - habe ich einen sehr guten Einblick, wie das läuft:

Die Ware, die bei „uns“ produziert wird ist sehr komplex und es werden viele Teile zugekauft. Der Einkauf muss jedes Jahr „savings“ in bestimmter Größe erzielen, sagen wir mal 10%. Für jedes Zukaufteil muss er mindestens 3 Angebote einholen. Und dann geht das los. Gibt es mehrere Anbieter für ein solches Zukaufteil und darunter etwa einen, der fast seinen gesamten Umsatz mit „uns“ macht, dann haben „wir“ ein Nachfragemonopol und entsprechend wird der Preis gedrückt. Gibt es nur einen Anbieter für das Zukaufteil und „unser“ Umsatz mit dem ist gering, dann funktioniert das gar nicht. Umgekehrt kann dieser Anbieter „uns“ gegenüber einen ziemlichen hohen Preis (Monopolpreis) durchsetzen. Ich habe das genau recherchiert und war selbst mehrfach Zeuge solcher Preisverhandlungen. Die Bildung von Monopolpreisen oder von Dumpingpreisen sind Alltag der Konkurrenz und gehen in die Ausgleichsbewegung ein. Das besagt eigentlich nichts anderes, als das die Preise über oder unter Wert liegen.

3. Beispiel Autoindustrie:

Im Auto stecken sehr viel Vorprodukte, die nicht vom Autoproduzenten selbst erzeugt werden. Ich nehme mal nur 2 heraus, um einen bestimmten Zusammenhang deutlich zu machen: Erze für die Stahlerzeugung und die Stahlerzeugung inkl. Erzeugung der Bleche für das Auto. Beide Bereiche seien monopolisiert. Dann passiert folgendes: Die Stahlerzeuger müssen den Erzlieferanten einen Monopolpreis zahlen. Die Autoproduzenten müssen den Blechlieferanten einen Monopolpreis zahlen. Sofern hier also ein „Tribut“ gezahlt werden muss, zahlt ihn nicht die gesamte Gesellschaft, sondern die Monopole zahlen sich wechselseitig einen Tribut.

Der Monopolpreis des Erzlieferanten geht ein in den Kostpreis der Stahl- bzw. Blechproduzenten, die Monopolpreise von Erz- und Blechproduzenten gehen ein in den Kostpreis des Autoproduzenten. Das treibt den Preis für das Auto. Der Autoproduzent hat aber als Nachfragemonopol die Macht gegenüber anderen Lieferanten, die teils 100% ihres Umsatzes mit ihm abwickeln, deren Preise zu drücken. Wäre das nicht der Fall, müsste der Autoproduzent die Monopolpreise für Erz und Blech 1 zu 1 im Preis für das Auto fortschreiben. Der Autoproduzent hätte vermutlich die Arschkarte gezogen, weil er seine Autos zu „Monopolpreisen“ kaum verkaufen könnte. Der Tribut der ganzen Gesellschaft bestünde eher darin, dass erhebliche Teile der lohnabhängigen Käufer des Autos, auf ein Auto verzichten müssten. Es sei denn, die lohnabhängigen Käufer hätten auch einen Monopolpreis für den Verkauf ihrer Ware Arbeitskraft erzielt. Dann aber würde sich der ganze „Monopolprofit“ in Luft auflösen ... oder eben in allgemeiner Inflation.

Kurzes Fazit:

Monopolpreise und Monopolprofite ändern nichts an der Masse der unbezahlten Mehrarbeit, die das Kapital sich aneignen kann. Monopolpreise können nur dazu dienen, den Mehrwert unter den Kapitalisten umzuverteilen. Sofern erfolgreich und nicht in allgemeiner Inflation endend, realisieren

sich die Kapitale wechselseitig die tatsächlichen Monopolprofite. Kommt es aber zur allgemeinen Inflation ist die Entwertung des Geldes in der Tat ein „Tribut“, den die ganze Gesellschaft zahlt, inkl. der Monopole selbst. So what?

Wie gesagt, fertig bin ich mit dieser Problematik noch nicht, aber dieses ganze Gerede vom Monopolkapitalismus, der den Kapitalismus der freien Konkurrenz ersetzt habe, geht mir ziemlich auf den Keks. Und schließlich: welche politischen Konsequenzen sollten wir aus der Umverteilung des Mehrwerts ziehen??? Partei für die kleinen Kapital ergreifen??? Zu mehr wäre die ganze Monopolkacke wohl kaum nütze.